

**REGIONALPLANUNGSVERBAND
MUTSCHELLEN - REUSSTAL - KELLERAMT**

**Protokoll der
Vorstandssitzung 3/2007**

Datum Donnerstag, 20. September 07
Ort Bremgarten, Trotte am Schellenhausplatz
Zeit 19.00 – 21.00 Uhr

Teilnehmende Vorstandsmitglieder und weitere gem. Liste
Karl Schneider, Präsident, Vorsitz
Beat Suter, Raumplaner, Metron, Brugg
Daniel Kolb, Departement Volkswirtschaft und Inneres

Protokoll Thomas Schiesser, Raumplaner, Metron, Brugg

Entschuldigt Nadine Widler, Sekretariat, Gemeindeverwaltung Jonen

Geht an Vorstandmitglieder
Gemeinderäte der Verbandsgemeinden
Kreisplaner
Planer

TRAKTANDEN

1. Begrüssung
2. Protokoll der Vorstandssitzung 2/2007 vom 14. Juni 2007
3. Verabschiedung „Entwurf Agglomerationsprogramm Aargau-Ost“
4. Informationen zum Gemeindereformprojekt durch den Projektleiter Daniel Kolb, Departement Volkswirtschaft und Inneres
5. Anliegen der Gemeinden
6. Verschiedenes

1. Begrüssung

Karl Schneider begrüsst die anwesenden Gemeindevertreter und bedankt sich für das Gastrecht in Bremgarten. Besonders begrüsst er den Projektleiter des Gemeindereformprojektes, Herr Daniel Kolb, Departement Volkswirtschaft und Inneres.

2. Protokoll der Vorstandssitzung 2/2007 vom 14. Juni 2007

Das Protokoll wurde allen zugestellt und wird genehmigt und verdankt.

3. Verabschiedung „Entwurf Agglomerationsprogramm Aargau-Ost“

Karl Schneider erläutert die neue Politik des Bundes, die Infrastrukturvorhaben in den städtischen Räumen und Agglomerationen auf der Basis von Agglomerationsprogrammen mitzufinanzieren. Er weist darauf hin, dass in den Agglomerationsprogrammen die

Regionalplanungsverband M-R-K

Abstimmung von Verkehr und Siedlung und die Förderung aller Arten von Verkehr unterstützt werden. Allgemein gelte in den Programmen der Grundsatz weg von den politischen, hin zu den funktionalen Grenzen. Zudem zeigt er die Entstehung des vorliegenden Vernehmlassungsentwurfs zum Agglomerationsprogramm noch einmal auf. Für die Repla M-R-K stand zu Beginn das „Konzept Siedlung und Verkehr“. Dieses floss in weiten Teilen in das durch den Kanton erarbeitete „Agglomerationsprogramm Aargau Ost“ ein. Ein erster Entwurf wurde bereits durch die Repla beurteilt und an den Bund zur Prüfung überwiesen. Der Vorprüfungsbericht des Bundes führte zu einer umfassenden Überarbeitung und zum heute vorliegende Vernehmlassungsentwurf 2007.

Die Region und die Agglomerationsgemeinden wurden eingeladen zum 2. Entwurf Stellung zu nehmen. Die Repla hat die Aufgabe die Gemeindestellungen zu sammeln und eine koordinierte Repla-Stellungnahme einzureichen.

Beat Suter präsentiert den Entwurf der Repla Stellungnahme, welcher vor der Sitzung zugestellt wurde und erwähnt die bisher eingegangenen Stellungnahmen der Gemeinden.

Diskussion und Ergänzungen:

Martin Vifian, Vertreter der Gemeinde Unterlunkhofen, weist daraufhin, dass bei den Ergänzungen zu Kapitel 5 „Leitprojekte und Massnahmen“ *Unterlunkhofen* in die Liste der *Neugestaltungen der Ortsdurchfahrten* aufgenommen werden soll.

Es werden keine weiteren Änderungen oder Anträge der Gemeindevorteiler vorgetragen.

Karl Schneider dankt Beat Suter für seine Erläuterungen zum Agglomerationsprogramm. Er gibt zu bedenken, dass der in der Baugesetzrevision vorgeschlagene *regionale Sachplan* im Zusammenhang mit dem Aggloprogramm durchaus bedenkenswert ist (Regelung der planerischen Inhalte auf der Ebene der Repla, bzw. des Vorstands anstelle auf der Ebene des kantonalen Richtplans, bzw. Grossrats). Die Repla hat seinerzeit bei der Vernehmlassung zur Baugesetzrevision den regionalen Sachplan kritisch beurteilt und daran soll auch nichts geändert werden. Wichtig ist jedoch, dass die Umsetzung des Agglomerationsprogramms mit für die Region geeigneten Instrumenten erfolgen soll.

Beschluss: Die Vernehmlassung wird mit der Ergänzung Vifian, Unterlunkhofen, einstimmig verabschiedet.

Beat Suter macht darauf aufmerksam dass ein einheitliches Auftreten der Gemeinden für den Kanton sehr wichtig sei. Nur so könne eine starke Verhandlungsposition gegenüber dem Bund bezogen werden. Es wird vereinbart, dass die Gemeinden je eine Kopie der von ihr beschlossenen kommunalen Stellungnahme an Beat Suter und an Karl Schneider schicken. Sie werden die Stellungnahmen zusammen mit der regionalen Stellungnahme fristgerecht einsenden.

4. Informationen zu Gemeindereformprojekt vom Projektleiter Daniel Kolb, Departement Volkswirtschaft und Inneres

Daniel Kolb bedankt sich für die Möglichkeit zur Information an der Vorstandssitzung, zudem weist er auf den „Infomarkt“ hin, welcher die Kantonsregierung in Kürze durchführen wird. Zu Beginn seines Referates geht er auf die heutige Situation ein. Dabei

Regionalplanungsverband M-R-K

erläutert er das Ziel der Regierung, das Bild des Kantons zu wandeln, hin zu einem Wirtschaftskanton, welcher zugleich eine hohe Wohnqualität und Erholungsgebiete bietet. Um dieses Ziel umzusetzen, gilt es gemäss Regierungsrat diverse Herausforderungen zu meistern. So stimmen zum Beispiel Gemeindestrukturen und sozioökonomische Lebensräume nicht mehr überein. Als eine Arbeitsgrundlage dient der Projektgruppe eine Umfrage unter der Aargauer Bevölkerung, auch diese wird von Herr Kolb erläutert. So sei der Reformwillen der Bevölkerung seit der letzten Umfrage im Jahr 2002 gestiegen. Zu den Zielen der Regierung gehört zudem die Schaffung von besseren strukturellen Rahmenbedingungen. Dabei sei wichtig festzuhalten, dass der Kanton die Gemeinden unterstützen und Anreize zur Gemeindeentwicklung schaffen wolle, die Verantwortung liege aber bei den Gemeinden selbst. Zudem erläutert Daniel Kolb die rechtliche Situation, insbesondere jener des Sachwalters. So sei es heute schon so, dass, wenn keine andere Lösung in Sicht sei, der Kanton die Befugnis habe, einen Zusammenschluss anzuordnen. Der Regierungsrat sei allerdings der Meinung, dass es nicht viele solche „Ultima Ratio“ genannten Fälle geben wird.

Im Anschluss an das Referat entstand eine angeregte Diskussionsrunde. So wollte Robert Bamert wissen, wo die Bezirke in den Reformbemühungen des Kantones blieben. Daniel Kolb antwortete darauf, dass man das Projekt *Gebietsreform*, welches für die Bezirke zuständig sei, und die *Gemeindereform* auseinander halten müsse. Die Grundlagen zur Gebietsreform sollen in den nächsten Monaten geschaffen werden. Die Regierung werde in einigen Monaten informieren.

Peter Oggenfuss findet den Begriff der Ultima Ratio im Fall eines Zwangszusammenschlusses höchst unpassend. Dies werde als Drohgebärde des Kantons gegenüber den Gemeinden aufgefasst.

Vreni Meuwly fragt welche weiteren Informationen am „Infomarkt“ der Regierung zu erwarten seien und ob ein Besuch überhaupt Sinn mache. Dazu meint Daniel Kolb, dass der „Infomarkt“ dazu diene den Informationsstand aller Gemeinden auf dasselbe Niveau zu heben und dass dort Informationen aus erster Hand zu hören seien.

Alexandra Abbt weist daraufhin dass es gewisse Widersprüche zwischen Daniel Kolbs Referat und den Diskussionen im Grossen Rat gäbe. So sei zum Beispiel die Mindestgrösse der Gemeinden in den Leitsätzen festgelegt. Zudem werde die Gemeindeautonomie durch den Zwang der externen Finanzrevision weiter eingeschränkt. Daniel Kolb antwortet, dass die Leitsätze im Grossen Rat immer als solche deklariert worden seien und hier nicht von einer festgelegten Mindestgrösse der Gemeinden gesprochen werden könne. Der Zwang zur externen Finanzrevision sei eine Massnahme welche von den Gemeinden selbst gewünscht worden sei.

Peter Ramel führt aus, dass die Entscheidungen der Regierung in letzter Zeit ein Misstrauen der Gemeinden gegenüber dem Kanton provoziert hätten. So werden die finanziellen Mittel der Gemeinden immer weiter beschnitten, während auf der anderen Seite der Aufgabenkatalog immer weiter zunehme. Daniel Kolb erklärt, dass aus Sicht des Regierungsrates durch die Abschaffung des so genannten Grundbeitrags ein Hemmnis für Gemeindefusionen beseitigt werden könne.

Michael Dürst schliesst sich dem Votum Alexandra Abbts an, auch er hält die externe Finanzkontrolle für unnötig. Er will zudem wissen was die Regierung unter

Regionalplanungsverband M-R-K

unzeitgemässen Strukturen verstehe und wie die Gemeindeautonomie durch Fusionen erhöht werden soll. Als Beispiel für unzeitgemässe Strukturen nennt Daniel Kolb die Unprofessionalität mit welcher gewisse Gemeindeganzleien geführt werden. Zudem könne durch Fusionen der nutzungsplanerische Handlungsspielraum der Gemeinden erhöht werden, was schliesslich zu einer höheren Autonomie führe.

Abschliessend dankt Karl Schneider Daniel Kolb für seine Ausführungen und die Bereitschaft sich der kontroversen Diskussion zu stellen. Die Gemeinden und die Repla werden, wie durch Daniel Kolb angekündigt, die Gelegenheit erhalten sich weiter zu informieren und Stellung zu nehmen.

5. Anliegen der Gemeinden

Paul Meier, Bergdietikon, weist darauf hin, dass in Zukunft nur noch ein Lokalfernsehsender über Kabel empfangen werden kann. Karl Schneider erklärt der Regionalplanungsverband habe sich noch nicht mit dieser Thematik befasst. Alexandra Abbt verweist auf die Zuständigkeit des Bundes in dieser Angelegenheit. Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, dass der Regionalplanungsverband sich um zusätzliche Informationen bemüht und bei Bedarf eine Stellungnahme ausarbeitet und diese an einer der nächsten Vorstandsitzung präsentiert.

Abschliessend hat Karl Schneider noch zwei Meldungen zu machen:

Zum einen findet Ende November die nächste Budgetsitzung statt. Als Vorinformation teilt er mit, dass der Beitrag der Gemeinden gleich bleiben soll und bei einem Franken pro Kopf und Jahr belassen wird.

Zum anderen orientiert über eine erste Auswertung des Gemeindeganzseminars zur demographischen Entwicklung und Alterspolitik: im Arbeitsprogramm 2008 wird die Aufnahme der beiden Themen "Umsetzung neues Pflegegesetz" und "altersgerechte Siedlungsentwicklung unter dem Aspekt der demographischen Entwicklung" geprüft.

Die nächste Sitzung findet nach Programm am 29. November 2007 statt.

Anschliessend an die Sitzung findet im Bürgerkeller ein Apéro statt, welcher freundlicherweise von der Gemeinde Bremgarten offeriert wird. Karl Schneider bedankt sich im Namen des Vorstands sehr herzlich für das Gastrecht und den Apéro.

Der Protokollführer

Thomas Schiesser, Metron